

Offener Brief

von Arbeitnehmern und Gewerkschaftsmitgliedern an die Verantwortlichen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften

Die Leiharbeit ist heute Speerspitze für Lohndumping, Zersetzung der Flächentarifverträge und der tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Normal-Arbeitsverhältnisse, für die Spaltung der Belegschaften. Schwächung der Gewerkschaft, der gewerkschaftlichen Kampfkraft der Arbeitnehmer.

Diese Rolle soll sie in bisher nicht gekannten Dimensionen in Hinblick auf den 1. Mai spielen: auf die volle Umsetzung, der EU-Richtlinien zur Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit (Herkunftslandprinzip). Deren die Arbeitnehmerrechte allgemein aushebelnde Wirkung demonstrierten, über die Leiharbeit hinaus, die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), besonders zu Laval und Rüffert, die sich auf die »Grundfreiheiten« der EU stützen.

Darum haben die Gewerkschaftsverantwortlichen vollkommen Recht, auf die drohenden Gefahren hinzuweisen und eine Kampagne vorzuschlagen, zu Aktivitäten aufzurufen und zu mobilisieren; jetzt z.B. für einen „bundesweiten Aktionstag des DGB in Betrieb und Verwaltung, am 24.2.“

Die Kollegen erwarten, diskutieren und fordern - nach wie vor und jetzt im Vorfeld des Aktionstages gegen den »Discount-Arbeitsmarkt« - die Bilanz und die Konsequenzen aus der Bilanz der „Protestaktionen des heißen Herbstes“, angesichts der Beschlussfassung der Regierung Merkel zu den drei großen Antireformmaßnahmen..., die unsere Gewerkschaftsführungen damals als arbeitnehmerfeindlich zurückgewiesen haben.

Wir alle haben die Erfahrung gemacht: diese Aktionen waren darauf beschränkt, protestierend und zu einem geringeren Teil, korrigierend die Antireformmaßnahmen der Regierung Merkel zu begleiten. Sie waren in keiner Weise geeignet, sie zu stoppen. Angesichts der Ankündigungen und Ultimativen zur Haushalts-, Lohn-, Renten- und Arbeitsrechtspolitik der EU-Kommission im »Jahreswirtschaftsbericht« vom 12.1. wird deutlich, dass mit den Merkel'schen Maßnahmen noch lange nicht Schluss ist. Für die Kollegen sind all diese Maßnahmen nach wie vor nicht hinnehmbar und sie suchen nach Wegen, die Bedingungen für ein Handeln vorzubereiten, damit diese „wieder vom Tisch kommen“.

Wie könnte das anders geschehen als durch eine von der Gewerkschaft organisierte Mobilisierung, wie sie von zahlreichen Kollegen gefordert wurde. Eine Mobilisierung, gestützt auf gewerkschaftlich organisierte Arbeitsniederlegung und gebündelt in einer zentralen Demonstration zur Regierung, um die Kraft zu entfalten, die geeignet ist, die Forderungen nach Stopp und Rücknahme der Antireformen durchzusetzen.

Aktionen jedoch, die sich weiterhin in Appellen zur Korrektur und Nachbesserung des Gesetzentwurfes von Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen erschöpfen, richten sich, wie schon im Herbst, heute erst recht gegen eine wirkliche Mobilisierung, die Entfaltung der organisierten Kraft der Arbeiterschaft. Die Kollegen haben schon damals äußerst skeptisch auf den Aufruf für solche Aktionen reagiert. Und es ist auch nicht anzunehmen, dass die Gewerkschaftsverantwortlichen daran glauben, dass durch solche Aktionen tatsächlich Regierungsmaßnahmen gestoppt werden können.

Wenn Leiharbeit ein gefährliches Instrument für die Zersetzung der tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Arbeitsverhältnisse ist, kann die Forderung nur heißen: Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit – Integration aller Leiharbeiter in tarifvertraglich und gesetzlich geschützte Normal-Arbeitsverhältnisse.

Wenn die beiden EU-Richtlinien und EuGH-Urteile wirkungsvolle Hebel sind für die allgemeine Deregulierung der tarifvertraglich und gesetzlich geschützten Arbeitsverhältnisse, dann kann es keine andere Forderung geben als: keinerlei Akzeptierung noch Umsetzung dieser Richtlinien und Urteile.

Für jedes Gewerkschaftsmitglied, für alle Arbeitnehmer ist klar: Um diese Forderungen durchzusetzen brauchen wir die organisierte Mobilisierung der gesamten Kraft der Arbeit-

nehmerschaft. Und für diese Forderungen und Ziele ist eine solche Mobilisierung auch möglich.

Ebenso wissen wir alle: Eine solche Mobilisierung der Arbeitnehmerschaft kann erfolgreich nur stattfinden, wenn sie von unseren Gewerkschaften organisiert wird. Und sie ist umso kraftvoller, wenn sie sich auf gewerkschaftlich organisierte Arbeitsniederlegung stützt.

Wir meinen:

Die Verteidigung der Interessen der Arbeitnehmer mit den Mitteln des gewerkschaftlich organisierten Kampfes ist die genuine Aufgabe unserer Gewerkschaften und die Antwort auf die Regierungsmaßnahmen, die in zunehmendem Maße tief in die von Generationen mit ihren Gewerkschaften erkämpften Errungenschaften und Rechte einschneiden und die auch die Gewerkschaften und ihre Kampfkraft beschädigen.

Die Zeit drängt, Schlag auf Schlag werden unsere Errungenschaften, insbesondere der Flächentarifvertrag, das Normalarbeitsverhältnis, die Rente... von den Regierungsmaßnahmen im Verein mit den Weisungen der EU-Kommission zur »Haushaltskonsolidierung« zerstört. Wir wenden uns deshalb in aller Dringlichkeit an Euch, an die Verantwortlichen des DGB und der DGB-Gewerkschaften:

bereitet die Gewerkschaften, ihre Mitglieder und Arbeitnehmerschaft vor auf die Entscheidung für einen gewerkschaftlich organisierten Kampf/Mobilisierung für unsere Forderungen für das Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit, gegen die beiden Richtlinien der EU und die Urteile des EuGH.

Bereitet die Gewerkschaften, die Mitglieder und Arbeitnehmer darauf vor, dass die freien und unabhängigen Gewerkschaften des DGB sich so das durch das Grundgesetz garantierte Recht auf gewerkschaftlich organisierten Kampf und Streik gegen Regierungsmaßnahmen, welche die „wirtschaftlichen und sozialen Belange“ der Arbeitnehmer treffen, wieder aneignen.

Erstunterzeichner/-innen und ihre Zugehörigkeit zu einer DGB-Gewerkschaft:

Matthias Cornely (IG Metall); Ellen Engstfeld (ver.di); Henning Frey (GEW); Dirk Frohne (IG Metall); Myriam Gobin (ver.di); Jürgen Hiepe (IG Metall); Mirco Kischkat (ver.di); Peter Kreutler (ver.di); Hans-Jürgen Mees (ver.di); Hans-Jörg Miller (ver.di); Gerfried Ristau; Beate Sieweke (ver.di); Petr Schnur (ver.di); Bodo Schoo (IG Metall); H.-W. Schuster (ver.di); Günter Schwefing (ver.di); Inge Steinebach (ver.di); Dirk Weiß (IG BCE)

Kontakt und V.i.S.d.P.: H.-W. Schuster, grotjohann.schuster@t-online.de; Fax: 0211.15803353